

# Wie weiter nach der Schule?

**BERUFSBILDUNG** Die Corona-Krise macht es Teenagern nicht leicht, eine Lehrstelle zu finden. Hilfe erhalten sie unter anderem bei der Berufsberatung. Damit möglichst niemand leer ausgeht, gibt es diverse Überbrückungsangebote.

KATHARINA WITTWER

Früh eingeschult zu werden, kann sich bei der Lehrstellensuche unter Umständen nachteilig auswirken. Die SchulabgängerInnen sind oft erst 15 Jahre alt, die Ausbilder bevorzugen teilweise 16- oder gar 17-Jährige. In einigen Lehrberufen werden sehr gute Kenntnisse mindestens einer Fremdsprache verlangt. Oder die junge Person weiss schlichtweg nicht, welchen Beruf sie erlernen möchte. Manchmal stellt ein sogenanntes Zwischenjahr die ideale Lösung dar.

**BIZ beobachten wachsende Unsicherheit** Mindestens einmal monatlich hält sich Berufsberater Terence Graf vom BIZ Thun (Berufsberatungs- und Informationszentren des Kantons Bern) in den Oberstufenschulhäusern Adelboden,

Frutigen und Reichenbach auf. In der Regel melden sich Achtklässler – aktuell auch Ältere – für ein erstes Gespräch. «Diese Kurzberatungen dauern 20 bis 25 Minuten. Merke ich, dass der Teenager Unterstützung braucht, folgt ein ausführliches Beratungsgespräch mit Einbezug eines Elternteils.» Seit Corona berät Graf vor allem telefonisch und per Video.

Die BIZ beobachten seit einem Jahr eine wachsende Unsicherheit bei den jungen Leuten. Von Panik zu sprechen sei jedoch übertrieben, ist von der Medienstelle zu vernehmen. Dass viele Lehrbetriebe während rund eines Jahres keine Schnupperlehren anbieten, erschwerte die Einblicknahme in den «richtigen» oder «falschen» Beruf. «Ich ermuntere alle, auf Berufsbildungsplattformen nach Videos zu suchen und sich ein Bild zu machen. Inzwischen haben viele Betriebe selbst Filme und Schnupperlehr-Videos erstellt», sagt Graf. Auch rät er, Augen und Ohren offen zu halten. Auf Brückenangebote weist er erst «in letzter Minute» hin. Für viele ist eine kurzfristige Anmeldung möglich.

**«Zehntes Schuljahr» oder Vorlehre**

«Unser Auftrag besteht darin, Jugendliche, die noch Zeit für die Berufswahl benötigen, während eines kantonalen berufsvorbereitenden Schuljahres BVS («10. Schuljahr») individuell und mit einem massgeschneiderten Angebot (berufsbezogene Fächer, Projekte, Wochenplatz, individuelles Coaching) zu begleiten und zu fördern», erklärt Jürg Frei vom Berufsbildungszentrum IDM. Er ist Mitglied der Schulleitung des BBZ IDM (Industrie, Dienstleistung und Modegestaltung) und unter anderem zuständig für die verschiedenen Brückenangebote.

Aktuell bietet das BBZ IDM mit seinen Standorten in Spiez, Interlaken und Zweisimmen zwei «Hauptmodelle» des berufsvorbereitenden Schuljahres an, wobei es weitere Unterteilungen gibt. In der Regel erfolgt die Einschreibung via Klassenlehrer der Volksschule zwischen den Kalenderwochen 13 und 18. Alternativ gehen auch Anmeldungen von der Berufsberatung nach Abklärungsgesprächen ein. Im kommenden Schuljahr werden in Spiez sechs, in Interlaken zwei

und in Zweisimmen eine BVS-Klasse à durchschnittlich 18 Lernende geführt. Zusätzliche Klassen werden im Bereich Integration und im BVS Plus geführt.

Eine weitere Möglichkeit für Unschlüssige oder für solche, die in ihrem Traumberuf noch keine Lehrstelle gefunden haben, bietet die Vorlehre. Während eines Jahres arbeiten die Jugendlichen drei Tage pro Woche in einem Betrieb und besuchen an zwei Tagen die Schule. In Spiez werden für dieses Angebot vier bis fünf Klassen geführt. «In den letzten Jahren hat der Abbruch von Lehren stetig zugenommen. Mit unseren Angeboten und denen anderer, ähnlicher Schulen möchten wir Gegensteuer zu dieser Entwicklung geben, indem wir die Jugendlichen gezielt auf die Berufswelt vorbereiten», so Jürg Frei.

**Das «gute alte Welschlandjahr»**

Lisa Zeller vermittelt Au-pair-Stellen in der Westschweiz, im Tessin und theoretisch in Frankreich, Spanien oder Irland. «Nach Grossbritannien vermitteln wir erst wieder, sobald es nach dem Brexit

eine neue Lösung gibt. Momentan können wir eine Sprachschule empfehlen», so die Stellenvermittlerin. Obwohl «au-pair.ch» eine Non-Profit-Organisation der reformierten Landeskirche des Kantons Bern ist, werden bis zu 27-Jährige jeden Glaubens und aus der ganzen Deutschschweiz vermittelt. Gleichzeitig findet eine enge Zusammenarbeit mit der katholischen Organisation «Pro Filia» statt. Vornehmlich junge Mädchen verrichten in einer Gastfamilie allgemeine Hausarbeiten, kochen oder hüten Kinder. Oft ist fürs Putzen zusätzlich jemand angestellt. Der Schwerpunkt bei Au-pair-Aufenthalten liegt im Erlernen der Sprache. Wer sich für ein (bäuerliches) Haushaltslehrejahr entscheidet, besucht einmal wöchentlich die Berufsschule. «Wir haben auch Anfragen von jungen Männern», sagt Lisa Zeller. Eine derartige Zwischenlösung sei nicht nur für Frauen eine gute Voraussetzung, sondern auch für angehende Köche oder Personen, die ihre Zukunft in einem erzieherischen Beruf sehen. Zeller beobachtet, dass sich dieses Jahr vermehrt MaturandInnen melden, die unter normalen Umständen vor Beginn ihres Studiums ins Ausland gegangen wären. Sie rechnet damit, dass sich bis zu den Sommerferien noch viele junge Leute melden, die auf der Suche nach einer Stelle als «jeune fille» sind.

**Fremdsprachen in einer Schule vertiefen**

«Das Interesse an einem 10. Schuljahr am Genfersee, im Tessin oder in England ist aktuell gross», weiss «Didac»-Geschäftsleitungsmitglied Gabriella Günther. Ausbilder, zum Beispiel im Tourismus, verlangen von ihren Lernenden das Beherrschen mindestens einer Fremdsprache. Ein Zwischenjahr – Schule kombiniert mit Arbeit in einer Gastfamilie gegen Lohn oder aber im Vollzeitmodell – ist eine von verschiedenen Möglichkeiten.

Auch in Südengland betreibt «Didac» eine Schule. Die Jugendlichen weilen aktuell in Eastbourne und bereiten sich auf die internationalen Sprachexamen vor. «Wer auf der anderen Seite des Kanals weilte, durfte an Weihnachten nach Hause reisen, wegen Corona jedoch nicht in den Herbst- und Frühjahrsferien», sagt Günther. Die Organisation erweiterte in dieser Zeit das Unterrichts- und Freizeitangebot. Nach mehreren Wochen Fernunterricht findet inzwischen wieder Präsenzunterricht statt.

Mehr zu den vorgestellten Brückenangeboten finden Sie in unserer Web-Link-Übersicht unter [www.frutiglaender.ch/web-links.html](http://www.frutiglaender.ch/web-links.html)



Vor allem bei Mädchen beliebt: Kinderhütten während eines Au-pair-Aufenthalts.

BILD DAN RACE/STOCK.ADOBE.COM

## Zusätzliche Angebote in der Arbeitsintegration

**WIRTSCHAFT** Die Integrationsangebote, welche die Volkswirtschaft Berner Oberland seit 25 Jahren betreibt, können mit weiteren Programmen in Interlaken erweitert und auf zusätzliche Standorte ausgedehnt werden. Dadurch werden neue Stellen im Oberland geschaffen.

Dank des Zuschlags des Amtes für Arbeitslosenversicherung AVA für die zwei Programme «Bewerbungsberatung» und «Stabilisierungscoaching» für fünf Jahre kann die Arbeitsintegration noch gezielter und umfassender auf die Bedürfnisse von Stellensuchenden und der vermittelnden Arbeitsämter (RAV) eingehen. «Wir freuen uns sehr über den Zuschlag», sagt Susanne Huber, Geschäftsführerin der Volkswirtschaft Berner Oberland. «Dank der Nähe zu Gewerbe, Industrie und Dienstleistungsbetrieben verfügen wir über ein grosses Netzwerk, und mit unserer langjährigen Erfahrung in der Begleitung von Stellensuchenden können wir eine erfolgreiche Arbeitsintegration anbieten.»

**Personelle und räumliche Expansion**

Der Zuschlag für die Bewerbungsberatung gilt fürs Berner Oberland, der Auftrag für das Stabilisierungscoaching umfasst den gesamten Kanton. Fürs Stabilisierungscoaching werden neben Spiez als Hauptstandort weitere Standorte in Bern und Burgdorf aufgebaut. Für den Aufbau und vor allem auch für die Durchführung der neuen Programme werden in den nächsten Wochen Stellen ausgeschrieben, und auch die Leitung der Arbeitsintegration wird verstärkt. Die Suche nach einer Person, die das bisherige Leitungsteam ergänzt, ist bereits im Gange. «Interlaken wird weiterhin unser Hauptstandort für arbeitsmarktliche Massnahmen sein», so Susanne Huber.

PRESSEDienst

VOLKSWIRTSCHAFT BERNER OBERLAND

Weitere Informationen zu den neu geschaffenen Stellen finden Sie in der Web-Link-Übersicht unter [www.frutiglaender.ch/web-links.html](http://www.frutiglaender.ch/web-links.html)

## Vorlage zum Stimmrechtsalter geht an den Grossen Rat

**WAHLRECHT** Im März 2020 überwies der Grosse Rat eine Motion zur Senkung des Stimmrechtsalters von 18 auf 16 Jahre. Damit erteilte er dem Regierungsrat den Auftrag, eine Vorlage mit einer entsprechenden Verfassungsänderung und den nötigen gesetzlichen Anpassungen vorzulegen. Die Vorlage sieht vor, dass Jugendliche bereits ab dem zurückgelegten 16. Altersjahr auf Kantonsebene stimmen und wählen können. Eine Wahl in ein politisches Amt ist aber weiterhin erst mit 18 Jahren möglich.

Für eine Mehrheit des Grossen Rats ist das Thema Stimmrechtsalter 16 weiterhin aktuell, da die Jugendlichen mit der Ausübung ihrer politischen Rechte direkt an die politische Bildung in der Volksschule anknüpfen können. Sie könnten so besser motiviert werden, ihre politischen Rechte auszuüben. Da der Bevölkerungsanteil im Rentenalter in den nächsten Jahren zunehmen werde, könne das Stimmrechtsalter 16 ein daraus entstehendes Ungleichge-

wicht korrigieren. So argumentierten die Parlamentarier während der Debatte um die entsprechende Motion im Grossen Rat.

**Regierungsrat lehnt Stimmrechtsalter 16 nach wie vor ab**

Wie schon in der Ratsdebatte zur Motion spricht sich der Regierungsrat weiterhin gegen ein tieferes Stimmrechtsalter aus. Mit der Einführung des Stimmrechtsalters 16 wären das zivile und das politische Mündigkeitsalter nicht mehr deckungsgleich. Das Gewähren politischer Rechte, bevor die Jugendlichen die zivile Mündigkeit erreicht haben, erachtet der Regierungsrat als problematisch. Schliesslich wurde das Stimmrechtsalter 16 von der Berner Stimmbevölkerung im November 2009 überaus deutlich abgelehnt. Der Grosse Rat wird die Vorlage zum Stimmrechtsalter 16 voraussichtlich in der Herbstsession 2021 in erster Lesung beraten.

PRESSEDienst REGIERUNGSRAT

## Kantonale Initiative für mehr Elternzeit kommt zustande

**POLITIK** Mit dem Vorstoss soll im Kanton Bern eine Elternzeit von 24 Wochen eingeführt werden – zusätzlich zur bereits bestehenden Mutterschaftsversicherung und dem zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub auf eidgenössischer Ebene. Von der kantonalen Elternzeit wären für jeden Elternteil 6 Wochen bestimmt, die restlichen 12 Wochen könnten frei aufgeteilt werden, so die Initianten und Unterstützer, die überwiegend der Berner SP angehören.

Das Komitee reichte 19962 beglaubigte Unterschriften ein und übertraf das ursprüngliche Ziel von 15000 Unterschriften damit deutlich. Besonders in den städtischen Gebieten habe das Begehren grossen Zuspruch gefunden, hiess es in einer Medienmitteilung des Initiativkomitees. Aber auch in ländlicheren Regionen konnten viele Unterschriften gesammelt werden. Gerade auch junge Männer hätten die Initiative besonders oft unterschrieben, so SP-Grossrat David Stampfli (Bern).

PRESSEDienst KOMITEE ELTERNZEIT